



Eine politische Hintergrundbetrachtung

Pandoras e-card

Die vielfältige Diskussion über die technischen Aspekte der e-card stellte bislang die gesellschaftspolitischen Aspekte in den Hintergrund. Diese sträfliche Unterlassung ist zu korrigieren!

Interessanterweise sehen wir heute in Österreich und in Deutschland zwei vergleichbare Patienteninformationssysteme der sog. e-card, Chipkarten und serverbasierte IT-Anwendungen, die sich in unterschiedlichen Entwicklungsphasen befinden. Das österreichische System hat die Implementierungsphase bereits hinter sich, liefert also Information über die Anwendung, während das komplexere deutsche System vor der Probe-phase steht.

Gläserne Patienten: Ausgangspunkt war vor Jahren das begründete Interesse, medizinische Daten auf elektronischen Medien bei nahezu jedem Bedarfsfall und an jedem Ort zum Wohle der Patienten verfügbar zu machen. Es handelte sich also um medizinische Hilfsmittel der Ärzteschaft, deren Anwendung geradezu revolutionäre Auswirkungen haben sollte. In beiden Ländern wurde zunächst von den Politikern die Realisierung auf die Instanzen der Gesundheitsbürokratie übertragen, d. h. vor allem auf die Krankenkassen und die Vertretungen der Ärzteschaft bzw. in Deutschland zusätzlich auf das Gesundheitsministerium. In beiden Ländern wurde aber in der Folge der Einfluss der Ärzteschaft schrittweise zurückgedrängt und die Zielausrichtung der Systeme geändert, mehr oder minder beeinflusst von den Politikern, bei denen offensichtlich ein „Gesinnungswandel“ stattgefunden hatte.

Durchsichtige Datengier: Ausgelöst wurde dies durch die Erkenntnis, dass chipkartenbasierte Informationssysteme auf Grund deren technischer Beschränkungen große zentral geführte Serverdatenbanken benötigen. Diese konnten wegen der möglichen „Abgreifbarkeit“ der Gesundheitsdaten der gesamten Bevölkerung dem Informationsbedürfnis der Politiker und der Kassenverwaltungen noch ganz andere Dienste liefern. Die unersättliche Datengier der auf Bürgerkontrolle fixierten Innenministerien traf dabei auf die Notwendigkeit der Gesundheitsbürokratie, insbesondere der Krankenkassen, durch präzise Auswertung von Patientendaten möglichst zeitnah neue Steuerungsinstrumente für das Gesundheits-

wesen zu entwickeln. Dies war notwendig, da auf Grund der asymmetrischen demographischen Bevölkerungsentwicklung und hoher Arbeitslosigkeit die bisherigen gesellschaftlichen Grundprinzipien sozialer Gerechtigkeit zur Steuerung der Ressourcen nicht mehr finanzierbar geworden waren.

Verflüchtigter Ärzte-Segen: Dies führte zu einem Paradoxon, da die nach dem Ausschalten der Ärzteinteressen allein federführende Gesundheitsbürokratie der Kassen und der Verwaltung das jetzt vollkommen andere e-card-Instrument der Öffentlichkeit nach wie vor als „segens- und hilfreich“ für Ärzte und Patienten verkauft, obwohl heute der Hintergrund und Zweck allein in der Implementierung der e-card-Systeme als gesellschafts- und berufsständisches Steuerungsinstrumente zu sehen ist. Mit anderen Worten: Ärzte und Patienten haben von der jetzt vorliegenden e-card überhaupt keinen Vorteil, aber den Nachteil, dass sie in Zukunft total überwachbar sein werden. Die hier so emotionslos beschriebene Entwicklung löst gewaltige Umwälzungen aus. Zunächst haben die Gesundheitsbürokraten durch die e-card jetzt ein Steuerungsinstrument zur Kontrolle und Beeinflussung der Ärzte verfügbar, wie es vorher nie existierte. Die Mediziner werden mit bürokratischen „Errungenschaften“ überladen – Beispiel DMP, DRG, ICD-10 etc. –, die Schritt für Schritt die ärztliche Berufsausübung blockieren und bereits heute einen erheblichen Teil der Zeit der Ärzte in Anspruch nehmen. Insofern erwies sich die e-card auch als ein von der Gesundheitsbürokratie herbeigesehntes Kontrollinstrument über die Ärzte und deren beruflicher Tätigkeit. Parallel lassen sich enorm viele gesundheitliche Daten über die Bevölkerung sammeln und auf vielfältigste Art auswerten bzw. verwerten.

Korruptiertes Arztgeheimnis: Von den Gesundheitsbürokraten übersehen wurde dabei die Konsequenz, dass durch die Weitergabe medizinischer Informationen das Arztgeheimnis schrittweise abgeschafft wird. Damit geht eine massive Änderung der Berufsausübung der Ärzte einher, die wegen der Möglichkeit

der unkontrollierbaren Weitergabe auch strengst vertraulicher Daten für viele Patienten nicht mehr ein kompetenter und verschwiegener Gesprächspartner sein können. Dies kann unumkehrbare negative gesellschaftliche Änderungen bewirken, die uns heute noch gar nicht vorstellbar sind.

Wachsende Opposition: Interessanterweise findet jetzt eine Art „Pendelbewegung“ statt. Die deutschen Ärzte sind mit diesen Entwicklungen nicht einverstanden. Ein wichtiger argumentativer Block innerhalb der derzeit stark anwachsenden deutschen Ärzteschaft besteht in der massiven Opposition gegen die e-card-Einführung. Dabei sind die Ärzteschaften auch von der Erkenntnis getragen, dass die bisherigen Ständeververtretungen nicht mehr unbedingt die vitalen Interessen der Ärzteschaft vertreten. Deswegen bilden sich derzeit in Deutschland neue Gruppierungen der Ärzteschaft, auch getragen und ermöglicht von neuen Medien, insbesondere einem Internet-Forum namens www.facharzt.de, in dem sich Tausende Ärzte als Autoren betätigen und das von vielen Zehntausend Ärzten täglich gelesen wird. Aus diesem Umfeld entstand beispielsweise auch der Verein „deutsches Ärztesyndikat“, entsprechend der Erkenntnis, dass es nicht genügt, zu analysieren und zu kritisieren, sondern dass es notwendig ist, die Erkenntnisse umzusetzen und neue Lösungsansätze zu präsentieren. Interessanterweise ist die Situation in Österreich ähnlich. Auch hier ist es wiederum die Unzufriedenheit mit den Konsequenzen und Belastungen der von der Gesundheitsverwaltung „verordneten“ e-card, den überbordenden Auswüchsen der Bürokratie und andererseits der Aktionslosigkeit der bestehenden offiziellen Ärzteverbände.

Anlass zu Optimismus ist aber auch gegeben. Der Protest der deutschen Ärzte dürfte sich grenzübergreifend schnell auch nach Österreich ausdehnen, um den dortigen Kollegen argumentativ zur Seite zu stehen. Das „Ärztesyndikat“ jedenfalls hat bereits den Beschluss der Ausdehnung nach Österreich gefasst, um hier zu helfen. ■